

NIEDERSCHRIFT HFA/0021/2023

über die Sitzung des **Haupt- und Finanzausschusses** am 30.03.2023 im
Schulungsraum **der Freiwilligen Feuerwehr, Daruper Straße 6.**

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Herr Matthias Ahlers
Herr Marco Lennertz
Herr Peter Rose

Vertretung für Frau
Heike Ahlers
Vertretung für Herrn
Christoph Ueding

Herr Thomas Schulze Temming

Herr Franz Josef Schulze Thier
Frau Hanna Hüwe
Herr Thomas Jakobi
Herr Carsten Rampe
Herr Thomas Tauber
Frau Iris Pawliczek

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW:

Herr Niels Geuking

von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing
Frau Sandra Niemann

Schriftführerin:

Frau Ute Höning

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:55 Uhr

Vor Beginn der Sitzung treffen sich die Ausschussmitglieder in der Halle der Freiwilligen Feuerwehr Billerbeck.

Begrüßt von der Leitung der Feuerwehr Herrn Heuermann und seinem Stellvertreter Herrn Mertens, informieren diese die Ausschussmitglieder über den derzeitigen Fahrzeugbestand und das Erfordernis, Ersatzbeschaffungen anzustreben.

Zunächst stellt Herr Heuermann - das vom Kreis Coesfeld angeschaffte "All-Terrain Vehicle (ATV)" vor. Dieses Fahrzeug soll zukünftig bei extremen Wetterlagen, Waldbränden oder auch schwer zugänglichem Gelände eingesetzt werden. Tatsächlich habe es bereits einen Einsatz – Reitunfall – gegeben.

Danach beschreibt Herr Heuermann den Zustand des Mannschaftstransportfahrzeuges (MTW), das aus dem Jahre 2001 stammt, sehr reparaturanfällig ist und eine Neuanschaffung im Haushalt 2023 bereits berücksichtigt ist. Eine umgehende Ersatzbeschaffung ist durchaus erforderlich.

Anschließend schildert Herr Heuermann die Funktion des Einsatzleitwagens, der im Jahr 2009 beschafft wurde und bislang durch kleinere Reparaturen bzw. Investitionen als Verbindungselement zwischen Einsatz- und Leitstelle eingesetzt wird. Zu der geplanten Ersatzbeschaffung im Jahr 2025 teilt Herr Heuermann mit, dass diese Investition noch um weitere 4 Jahre geschoben werden kann.

Abschließend kann das Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeug (HLF20) aus dem Jahre 2001 betrachtet werden. Dieses Fahrzeug ist mit einem Gesamtgewicht von rd. 14,5 Tonnen der "Allrounder". Sämtliches Ausrüstungsmaterial, Wasser und Personen können hier mit zum Einsatz transportiert werden. Die Problematik besteht so Herr Heuermann darin, dass für modernes Einsatz-Werkzeug kein weiterer Stauraum zur Verfügung steht bzw. die Geräte teilweise veraltet sind - festzustellen ist ebenso ein Verschleiß des Fahrwerks. Er führt aus, dass in den letzten Jahren die Häufigkeit der Reparaturen zugenommen hat. Eine notwendige Ersatzbeschaffung dieses Fahrzeugs ist für das Jahr 2026 vorgesehen und aufgrund langer Beschaffungszeiträume nunmehr in die Wege zu leiten.

Nach der Besichtigung begeben sich die Ausschussmitglieder zur Sitzung in den Tagungsraum der Feuerwehr.

Frau Dirks begrüßt die Ausschussmitglieder und stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich seitens der Ausschussmitglieder kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Antrag der CDU-Fraktion vom 14.09.2021 hier: Antrag zur Prävention und zur Solidarität bei Großschadenslagen

Die Vorsitzende Frau Dirks begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Voss vom Kreis Coesfeld.

Herr Voss erläutert ausführlich und sehr anschaulich anhand einer Power-Point-Präsentation (siehe Anlage 1 zur Niederschrift im Ratsinfo-System) die Konzepte der überörtlichen und nachbarlichen Hilfe und deren Umsetzung im Kreis Coesfeld.

Zudem betont Herr Voss, dass beim Kreis Coesfeld nunmehr ein Katastrophenschutzplan (<https://www.kreis-coesfeld.de/themenprojekte/sicherheit-ordnung/katastrophenschutz.html>) beschlossen worden sei – dieses in enger Abstimmung mit den verschiedenen Kommu-

nen. Abschließend hebt Herr Voss hervor, dass nur durch das Zusammenspiel aller Akteure – vor allem auch der zahlreichen Ehrenamtlichen – der Katastrophenschutz funktionieren kann.

Auf Rückfrage von Frau Pawliczek nach der Definition des Begriffes “Katastrophe” bzw. wann von einem lokalen Ereignis bzw. wann von einer Katastrophe gesprochen wird, entgegnet Herr Voss, dass zunächst die örtliche Feuerwehr kontaktiert werde, dieser informiert bei Bedarf den Kreisbrandmeister.

Dieser wiederum kann, wenn der Koordinierungsaufwand zu groß wird, die nachbarliche Hilfe in Anspruch nehmen. Sollte noch mehr Unterstützung erforderlich sein, kann in Absprache mit der Verwaltung, Feuerwehr, Kreisbrandmeister und Landrat, durch diesen der Katastrophenfall ausgerufen werden.

Herr Heuermann bestätigt ebenso, dass der erhebliche Koordinierungsbedarf ein Maßstab ist. Zur Definition führt Herr Heuermann aus, dass bei einer Katastrophe die Infrastruktur im Wesentlichen beeinträchtigt ist.

Nachfolgend bedankt sich Herr Lennertz für den sehr guten Einblick in das Thema Katastrophenschutz bzw. Umgang mit Großschadenslagen. Er bestätigt die beschriebene Leistungsfähigkeit des Kreises und der angehörigen Kommunen und sieht von einer weiteren Antragsverfolgung ab.

Frau Dirks bekräftigt nochmals, dass nicht nur die Organisationen gut aufgestellt sein müssten, sondern auch jeder Bürger Vorsorge betreiben muss.

Anschließend meldet sich Herr Rampe zu Wort und bekräftigt die Komplexität und Effektivität der Organisationen. Ganz besonders betont er das Ehrenamt – dies sollte allseits geschätzt werden, da gerade im Bereich Katastrophenschutz eine sehr wichtige Funktion von den Freiwilligen mit übernommen wird. Ihnen gilt ein besonderes Dankeschön.

Vorgenanntes Lob wird von Frau Dirks gestützt.

Auf Rückfrage von Herrn Jakobi, wann letztmalig eine Großschadenslage vorlag, antwortet Herr Voss, dass dieses im Jahr 2015 – Bombenfund im Bereich des Krankenhauses – der Fall war.

Daraufhin meldet sich Frau Hüwe zu Wort und fragt nach, ob es Berechnungen zur Häufigkeit von Großschadenslagen gebe und wie häufig Übungen hierzu durchgeführt werden.

Herr Voss antwortet, dass Berechnungen nicht möglich sind, da es sich um nicht vorhersehbare Ereignisse handelt. Zur Frage nach den Übungseinheiten der Feuerwehr bzw. auch des Krisenstabes führt Herr Voss aus, dass regelmäßige Trainings stattfinden (<https://www.kreis-coesfeld.de/nachrichten-details/kreis-coesfeld-trainiert-vorgehen-im-katastrophenfall-krisenstab-des-kreises-und-einsatzleitung-der-feuerwehr-proben-gemeinsam-den-ernstfall.html>).

Herr Heuermann ergänzt, dass im November 2023 eine weitere Übung in den Räumlichkeiten der Feuerwehr Billerbeck geplant ist.

Nachfolgend betont Frau Pawliczek nochmals, dass nicht nur die staatlichen Stellen gut aufgestellt sein müssen, sondern auch jeder einzelne Bürger gut aufgestellt sein sollte. Schadenslagen sollten somit auf mehrere Säulen verteilt werden.

Für die Fraktion der CDU meldet sich Herr Rose zu Wort und fragt nach, ob es im Bereich Katastrophenschutz bereits Überlegungen hinsichtlich der Nutzung von alternativen Energieformen gibt und wie es zum Zusammenschluss mit Gelsenkirchen (Bereitschaft 2) gekommen ist.

Herr Voss entgegnet, dass noch keine "Wasserstandsmeldung" gemacht werden kann. Überlegungen und Gedanken zur Verwendung erneuerbarer Energien "Ja" – man müsse jedoch die technischen Entwicklungen abwarten.

Das Zustandekommen der Bereitschaft 2 erklärt Herr Voss so, dass dieses ursprünglich auf Landesebene so festgelegt wurde und nunmehr etabliert sei. Die Gebiete liegen zudem im gleichen Regierungsbezirk und sind räumlich eng verbunden.

Für die Verwaltung übernimmt Frau Niemann die ausführliche Vorstellung der Stabdienstordnung (siehe Anlage 2 zur Niederschrift im Ratsinfo-System).

Darüber hinaus weist Frau Niemann auf die bisherigen Anschaffungen / Maßnahmen hin: Notstromaggregate (Rathaus/Feuerwehr), Satellitentelefone, Einrichtung von Notfallrufnummern, Sicherstellung Funktion Kläranlage durch Aggregate, Kommunikation Verwaltung/Feuerwehr gesichert durch Glasfaserleitung, Wasserversorgung gesichert durch Gelsenwasser, Sicherstellung der Versorgung von Einsatzkräften, Kraftstoffvorrat an der Kläranlage.

Herr Tauber betont, dass alle Akteure (überörtlich der Kreis – vor Ort Stadt/Feuerwehr) gut aufgestellt und miteinander verzahnt sind und sich die Bürger gut aufgehoben fühlen können. Er dankt der Verwaltung und Feuerwehr für die umfangreichen Ausführungen und Darstellungen.

Abschließend resümiert Herr Lennertz, dass es ihm mit dem gestellten Antrag wichtig war, die Öffentlichkeit zu informieren und bedankt sich ebenso für die umfangreichen Informationen.

2. Vorstellung des Fahrzeugkonzeptes für die Ersatzbeschaffung von Feuerwehrfahrzeugen für die nächsten Jahre nach dem Brandschutzbedarfsplan der Stadt Billerbeck

Herr Heuermann begrüßt die Ausschussmitglieder und erläutert anhand des Fahrzeugkonzeptes (Anlage 3 im Ratsinfo-System) und der Sitzungsvorlage den Bedarf der Freiwilligen Feuerwehr.

Vorrangig wird die Anschaffung eines Mannschaftstransportfahrzeuges in

2023 und die Ersatzbeschaffung des Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeuges in 2026 gesehen. Aufgrund der gestiegenen Kosten und den langen Lieferzeiten muss nunmehr mit den Planungen begonnen werden, um die Einsatzbereitschaft sicherzustellen.

Zunächst meldet sich Herr Geuking zu Wort und lobt die Ausführungen und Darstellungen zu den Tagesordnungspunkten 1 + 2. Nochmals betont er die Wichtigkeit der Ehrenamtlichen, da durch deren Einsatz ein Menge Personal eingespart werden könne. Die Politik sollte nunmehr ein Signal durch die Tötigung von Investitionen senden, um somit auch weiterhin die Jugend zu motivieren - mangelhafte Ausrüstung würde ansonsten zu Frust führen.

Anschließend bedankt sich Herr Tauber ebenso. Er führt weiter aus, dass der Haushaltsplan die Grundlage für den Start der Ersatzbeschaffungen ist und somit als Ermächtigungsgrundlage dient. Weiterhin hebt Herr Tauber hervor, dass seitens der Feuerwehr bereits Abwägungen hinsichtlich der Kompensation von gestiegenen Kosten angestellt wurden – Verschiebung der Ersatzbeschaffung des Einsatzleitwagens in das Jahr 2029.

Danach meldet sich Frau Pawliczek zu Wort und schließt sich dem Dank des Vorredners an. Die Politik sollte nunmehr Alles machen, was finanziell machbar und erforderlich ist.

Für die Fraktion der CDU äußert ebenso Herr Lennertz seine Übereinstimmung mit den vorherigen Aussagen.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die Verwaltung wird beauftragt die Vorbereitung der Ersatzbeschaffung der Fahrzeuge aufzunehmen.

Stimmabgabe: einstimmig

3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. Januar 2023 hier: Beitritt zum Bündnis "Lebenswerte Städte und Gemeinden"

Herr Jakobi nimmt Bezug auf den gestellten Antrag und erläutert diesen.

Herr Tauber fragt nach, ob die Verwaltung die Temporegulierung für alle Straßen festlegen darf – wie viele Straßen sind noch Tempo 50, die durch den Antrag runter reguliert werden könnten.

Herr Messing antwortet, dass die Regulierung die Ortsdurchgangsstraßen betrifft. Innerstädtisch ist seitens der Verwaltung die Tempo 30 Zone festgelegt.

Frau Dirks bestätigt, dass alle rechtlich zulässigen Bereiche bereits temporeduziert festgelegt sind.

Nachfolgend möchte Frau Pawliczek wissen, ob auch Kreisstraßen tempomäßig herabgesetzt werden können.

Herr Messing entgegnet, dass alle Straßen (Land- und Kreisstraßen), die um ein Stadtgebiet herum gehen, der Regelungskompetenz der Straßenverkehrsbehörde unterliegen. Fraglich sei ebenso, ob Tempo 30 immer Sinn mache.

Frau Dirks teilt mit, dass der Städte- und Gemeindebund sich dafür einsetze, dass die kleineren Kommunen mehr Rechte (u.a. Geschwindigkeitsüberprüfungen) in diesem Bereich bekommen.

Für die CDU meldet sich Herr Schulze-Temming und verweist ebenso auf die Zuständigkeit des Kreises – er plädiert für die Fachbehörde als Entscheider.

Anschließend äußert Frau Dirks ihre Bedenken, da die Fachkompetenz und die fachliche Rückkoppelung zunächst stattfinden sollte. Bei der Abstimmung wird Frau Dirks sich enthalten.

Daraufhin gibt Herr Geuking zu bedenken, ob der Bedarf überhaupt geklärt sei. Ihn interessiert, ob es in der Theorie auch zu einer Erhöhung des Tempolimits auf 70 kommen könnte. Er sieht ein gewisses Konfliktpotential und jede Stadt habe auch andere Voraussetzungen – Städte zu vergleichen ist jedenfalls schwierig.

Frau Dirks hebt nochmals hervor, dass im innerörtlichen Bereich und in allen Wohngebieten die Geschwindigkeit auf Tempo 30 reduziert wurde – für die Durchgangsstraßen liegt die Hoheit bei der Straßenverkehrsbehörde und zudem sei das Konzept ursprünglich für wesentlich größere Städte angedacht.

Frau Hüwe führt aus, dass gerade durch den Beitritt des Bündnisses eine gewisse Kompetenz in die Stadt geholt werden könnten, um schneller agieren zu können, z.B. bei Unfallschwerpunkten. Zudem teilt sie mit, dass es sich bei dem Beitritt lediglich um ein Bekenntnis zur Einführung von Tempo 30-Zonen handelt und diesem Bündnis bereits sehr viele – auch kleinere – Städte und Gemeinden beigetreten sind.

Für die Fraktion der FDP teilt Frau Pawliczek mit, dass nach interner Beratung eine Entscheidungsfindung schwierig war – mehr Kompetenzen gut – sollten aber fachlich untermauert sein und mögliche künftige Beratungen in der Politik könnten eine gewisse Emotionalität nicht ausschließen.

Herr Lennertz stimmt den Bedenken zu und teilt mit, sich ebenso zunächst zu enthalten und in der Ratssitzung – nach neuer Bewertung in der Fraktionssitzung – eine Entscheidung zu treffen.

Abschließend plädiert Frau Hüwe nochmals für die sachliche und fachliche Bewertung des Antrages.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Dem Beitritt zum Bündnis "Lebenswerte Städte und Gemeinden" wird zugestimmt.

<u>Stimmabgabe:</u>	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU			5
Bündnis90/Die Grünen	2		
SPD			2
FDP			1
Bürgermeisterin			1

4. Mitteilungen

Keine.

5. Anfragen**5.1. Gedenktür Geschwister-Eichenwald - Herr Lennertz**

Herr Lennertz teilt mit, dass er erfahren hat, dass ein Ausstellungsstück (Gedenktür) der Westfälischen Wilhelms Universität nach Billerbeck kommen könnte. Interessant fände er diese Tür in der Geschwister-Eichenwald-Aula zu verorten.

Herr Messing teilt mit, dass ihm dieses bekannt sei und zunächst Absprachen mit der Schule erfolgen müssen.

Frau Dirks sagt eine Mitteilung zum weiteren Verlauf der Angelegenheit zu.

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Ute Höning
Schriftführerin